Montag, 18. März. № 11. 1867. — 4. Jahrgang.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7 3/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Krieg oder Friede?

Nachdem man sich lange Zeit mit der Hoffnung getragen hat, daß die allgemeine Industrie-Ausstellung in Paris für diesen Sommer den Ausbruch eines großen europäischen Krieges verhindern werde, tauchen mit einem Male allerhand Gerüchte auf, welche den politischen Horizont mit drohendem Kriegsgewölk umzogen erscheinen lassen. Zwei streitige Punkte sind es, welche diese kriegerischen Gerüchte hervorrufen: die *orientalische Frage* und die *Luxemburgische Frage*, welche letztere wohl richtiger als die Frage wegen Herstellung der *Rheingrenze* für Frankreich zu bezeichnen ist.

In der orientalischen Frage ist Rußland das treibende Element, welches den günstigen Moment gekommen glaubt, um seine langgehegten Pläne, die *Aufpflanzung des griechischen Kreuzes auf der Kuppel der Sophienmoschee in Konstantinopel*, endlich zur Ausführung gelangen zu lassen. Schon einmal, vor vierzehn Jahren glaubte der Kaiser Nikolaus den Zeitpunkt gekommen, das sogenannte Testament Peters des Großen zur Ausführung zu bringen; sein Versuch scheiterte an dem Umstande, daß *England* und *Frankreich*, auf deren jahrhundertelang andauernde Freundschaft der Czar zu sehr gerechnet hatte, damals es durch ihr Interesse für geboten erachteten, *gemeinsame Sache* zu machen und für die Erhaltung des türkischen Reiches einzutreten. Diesen Feinden, welchen sich Piemont anschloß, war Rußland um so weniger gewachsen, als auch Oesterreich eine drohende Haltung annahm und bereit schien, bei dem ersten Anzeichen, daß die russischen Waffen auf Erfolg zu rechnen hätten, seine Armeen gleichfalls in den Kampf zur Vereitelung der russischen Pläne zu führen. Der damalige orientalische Krieg endete, wie bekannt, mit einer starken Niederlage Rußlands, welche auf lange Zeit den Glauben an die Allgewalt des russischen Einflusses erschütterte. Wird jetzt, wo anscheinend Rußland das Spiel von 1853 wiederholen will, ein besserer Erfolg sein Unternehmen krönen? Rußland rechnet darauf, daß England für den Augenblick stark durch die *Fenierbewegung* in Anspruch genommen ist, und daß Frankreich Zeit braucht, um sich von den Wunden, welche die *mexikanische Expedition* ihm geschlagen hat, zu erholen. Ob diese Rechnung richtig ist, möchten wir bezweifeln: die Fenierbewegung, wenn sie auch nicht allzusehr zu unterschätzen ist, ist nicht so bedeutend, daß sie England im allergeringsten in seiner *auswärtigen Politik* behindert, und wenn Frankreich vielleicht in Wahrheit Ruhe braucht, um sich nach den Opfern für Mexiko zu erholen, so wird doch vielleicht gerade der Kaiser Napoleon eine Gelegenheit nicht ungern sehn, welche ihm gestattet, die Niederlage, die seine Politik in jenem Reich erfahren hat, durch neue *Siege* vergessen zu machen, ganz besonders, wenn es sich um einen Krieg handelt, bei welchem ja voraussichtlich Frankreich selbst von den direkten Drangsalen des Krieges verschont bleibt. Es ist somit zu erwarten, daß Frankreich und England wiederum in gemeinsamer Aktion den russischen Ansprüchen entgegentreten werden, und die gewaltigen Anstrengungen des östreichischen Finanzministers, die Kassen des Staates zu füllen, lassen annehmen, daß man in Wien auch daran denkt, bei einem ausbrechenden Konflikt mindestens wieder dieselbe Rolle zu spielen, welche man vor vierzehn Jahren gespielt hat. Somit glauben wir, daß Rußland, wenn es auch alle diplomatischen Hebel in Bewegung setzt, um auf die Beschleunigung der Lösung der orientalischen Frage einzuwirken, sich es doch sehr reiflich überlegen wird, ehe es die Feder mit dem Schwerdte vertauscht.

Wenn wir so die Gefahr, daß die orientalische Frage sehr bald zu einem kriegerischen Konflikt führen kann, nicht allzu hoch anschlagen, so scheint uns auch die Gefahr, daß die luxemburgische Frage einen solchen Erfolg haben wird, nicht allzu groß.

Allerdings mag Napoleon eine große Neigung zur Erwerbung Luxemburgs haben, aber *Preußen* hat nach dem Vertrage des deutschen Bundes das Besatzungsrecht in Luxemburg und trotz der Auflösung des Bundes hat es doch dieses Besatzungsrecht noch nicht aufgegeben. Die preußische Regierung weiß sehr wohl die Bedeutung Luxemburgs für den Schutz der Rheinprovinz zu würdigen, und sie wird sich deßhalb wohl nicht dazu bewe-

gen lassen, diese Festung anderen Händen zu überlassen, welche daraus einen Stützpunkt für ihre Operationen gegen Deutschland resp. Preußen machen könnten. Wenn also Napoleon ernstlich an eine Verwirklichung seines Wunsches nach dem Besitz von Luxemburg denken sollte, so müßte er es auf einen **Krieg mit Preußen** ankommen lassen.

Dazu mögen manche Leute in Frankreich den Zeitpunkt für günstig erachten, weil Preußen jetzt damit beschäftigt ist, die Armee des norddeutschen Bundes erst einheitlich zu organisiren, und weil man hofft, daß bei einem etwa ausbrechenden Krieg die partikularistischen Elemente der Regierung bedeutende Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Die Herren, welche auf solche Gründe hin Frankreich zum Kriege aufreizen möchten, verrechnen sich nach unserer Ansicht sehr. Erstens vergessen sie, daß, wenn Preußen auch damit beschäftigt ist, die Kontingente der neuen Provinzen und der kleinen norddeutschen Staaten seinem organisirten Heere einzufügen, Frankreich in diesem Augenblick seine ganze Armee erst neu organisiren will, um sie auf eine Stufe mit der preußischen zu bringen. Das dürfte zunächst ein ganz gewichtiger Grund für Napoleon sein, alle solche kriegerischen Pläne zu vertagen; irrig aber ist auch die Erwartung von Schwierigkeiten, welche die partikularistische Partei der Regierung eventuell bereiten würde. Sobald ein Krieg mit Frankreich ausbrechen würde, so würde es, davon sind wir überzeugt, in Deutschland keine verschiedenen Parteien mehr geben, es würden alle vereint gegen den gemeinsamen Feind stehen. Frankreich würde also nicht von den herrschenden Parteistreitigkeiten Vortheil haben, sondern es würde im Gegentheil die Beendigung derselben beschleunigen und so herbeiführen, was es verhindern möchte, nämlich die Einigung von ganz Deutschland.

Es würde ein solcher Krieg das beste Mittel zur **Beseitigung der Mainlinie** sein, und ganz Deutschland würde seine Streitkräfte vereint gegen Frankreich entsenden. Diese ganz sichere Thatsache kennt der Kaiser Napoleon sehr wohl, und er wird deßhalb schwerlich seine Wünsche nach Luxemburg so weit hervortreten lassen, daß daraus ein Krieg entstehen könnte.

So scheint es uns, als ob die drohenden Wolken, welche augenblicklich an dem Himmel erscheinen, nur Nebelgebilde sind, welche wohl ängstliche Gemüther schrecken können, welche aber in ihr Nichts zerfließen, wenn man ihnen ernstlich zu Leibe rückt.

Politische Wochenschau.

Preußen. Das Parlament hat im Laufe der vorigen Woche die allgemeine Diskussion über den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund beendigt. Graf Bismarck sucht den Entwurf als eine Grundlage darzustellen, auf der man ja weiter bauen könne, um endlich ein Gebäude zu erhalten, welches durch die Freiheit gekrönt wird.

Der Abg. Dr. Joh. Jacoby ist in Königsberg zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Bei den Nachwahlen zum Parlament ist v. Forckenbeck in Wolmirstädt gewählt worden; in Elberfeld hat die Nachwahl kein Resultat gegeben, es muß eine engere Wahl zwischen Gneist und v. Schweitzer stattfinden. Da bei der vorigen engeren Wahl bekanntlich die Lassallianer für den Kandidaten der konservativen Partei gestimmt haben, so werden die Konservativen wohl diesmal aus Dankbarkeit für Herrn v. Schweitzer stimmen. Wir haben also hoffentlich das Vergnügen, die Herren Fabrikanten von Elberfeld speziell durch Herrn v. Schweitzer im Parlament vertreten zu sehen.

In Danzig haben sich die Liberal-Nationalen beeilt, den Kasselanern den Ruhm streitig zu machen, daß ihnen die Kirchthurmsinteressen vor allen anderen werth seien. Statt freudig die Gelegenheit zu ergreifen, den letzten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, den Abg. Löwe-Calbe zu ihrem Vertreter im norddeutschen Parlament zu wählen, haben sie einen Lokalkandidaten aufgestellt, der nun wahrscheinlich Danzig im Reichstag vertreten wird.

In Nassau sind eine Anzahl von Beamten, welche sich während der letzten Regierungsjahre des Herzogs Adolf ganz besonders unliebsam gemacht hatten, und die nach der Besetzung des Landes durch Preußen vorläufig von ihren Stellen entfernt worden waren, jetzt endgültig abgesetzt worden.

In Celle haben die Reservisten sich geweigert, dem König von Preußen den Eid zu leisten.

Hamburg. Eine Anzahl der reichen Hamburger Kaufleute will ihren Patriotismus dadurch in das hellste Licht stellen, daß sie ihr Hamburger Bürgerrecht aufgeben und Schweizer Bürger werden wollen. Im Interesse ihres Geschäftes bleiben sie natürlich in Hamburg wohnen, so daß das ganze Verfahren weiter keinen Zweck hat, als ihre Kinder von der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht zu befreien. Schützen wollen sich die Herren recht gern lassen, aber dafür nur eine Hand hochzuheben ist ihnen zu viel.

Braunschweig. Der Minister Liebe ist entlassen worden; angeblich weil er zu bereitwillig auf alle preußischen Pläne eingegangen ist.

Baden. Die badische Regierung hat von der preußischen 6000 Zündnadelgewehre leihweise entnommen, um die Soldaten damit einzuüben.

Bayern. Die Intriguen gegen den Ministerpräsidenten dauern fort; die ultramontane Partei hat noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben, von Neuem den österreichischen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Die zweite Kammer hat eine Petition auf Einführung des gleichen, direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung zurückgewiesen.

In der ersten Kammer hat der Antrag für Aufhebung der Todesstrafe eine sehr große Majorität erhalten.

Oesterreich. Der Kaiser ist in Pest mit großem Enthusiasmus empfangen worden.

In Böhmen tritt die Regierung jetzt mit einiger Energie dem Treiben der Czechischen Partei entgegen.

Frankreich. Endlich ist der so lange erwartete Entwurf des neuen Preßgesetzes erschienen. Um unseren Lesern zu zeigen, was es heißt, wenn Kaiser Napoleon das Gebäude mit der Freiheit krönt, lassen wir die wesentlichsten Bestimmungen dieser Vorlage hier folgen. Sie lauten:

Jeder volljährige Franzose, der im Besitze seiner bürgerlichen und politischen Rechte ist, kann ohne vorhergehende Ermächtigung eine Zeitschrift oder Journal veröffentlichen. Er muß nur vierzehn Tage vorher die Anzeige in Paris auf der Polizei-Präfektur und in der Provinz bei dem Präfekten machen, den Titel des Journals, die Namen des Eigenthümers, der Commanditaires, des Geranten und des Direktors angeben. Die nichtpolitischen Blätter brauchen

nicht gestempelt zu sein, wenn sie keine Annoncen enthalten. Im Augenblicke der Veröffentlichung einer jeden Zeitschrift müssen zwei Exemplare bei den Behörden niedergelegt werden. Kein Journal oder periodische Zeitschrift kann von einem Mitgliede des Senats oder des gesetzgebenden Körpers als Gerant unterzeichnet werden. Falls dies geschieht, wird das Journal als nicht unterzeichnet betrachtet und mit einer Geldstrafe von 500 bis 3000 Fr. (133⅓—800 Thlr.) belegt. Die Veröffentlichung eines Artikels durch eine Person, die ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt oder verbannt ist, zieht für das Journal eine Strafe von 1000—5000 Fr. (266⅔—1333⅓ Thlr.) nach sich. Der Angeklagte kann nicht mehr in contumacium verurtheilt werden. In allen Fällen, wo die Gesetze gegen die auf dem Preßwege begangenen Vergehen die Gefängniß- und Geldstrafe verhängen, wird die Geldstrafe allein verhängt werden. Diese Geldstrafe muß bei den politischen Blättern wenigstens den 15. Theil der Kaution betragen; das Maximum kommt der Hälfte der Kaution gleich (d. h. 1000—6666⅔ Thlr.). Ueber die nichtpolitischen Blätter kann eine Geldstrafe von 500—10,000 Fr. (133⅓—2666⅔ Thlr.) verhängt werden. Jedes Individuum, das wegen eines Preßvergehens verurtheilt wird, kann bis zu fünf Jahren seines Wahlrechts beraubt werden. Die Verurtheilung eines Verbrechens auf dem Preßwege zieht die sofortige Unterdrückung des Journals nach sich. Wenn ein Journal in den zwei Jahren, die seiner letzten Verurtheilung folgen, ein zweites Mal verurtheilt wird, so kann es von 15 Tagen bis zu 2 Monaten suspendirt werden. Eine Suspension von 2 bis 6 Monaten kann bei einer dritten Verurtheilung ausgesprochen werden. Die Suspension kann auch bei einer ersten Verurtheilung ausgesprochen werden, wenn das Journal gegen einige angeführte Artikel des Strafgesetzbuches gesündigt hat. Die provisorische Ausführung einer jeden Suspension oder Unterdrückung kann, selbst wenn ein Appellationsgesuch eingereicht ist, sofort ausgeführt werden. Die sofortige Bezahlung der Geldstrafe kann ebenfalls verlangt werden. Die Buchdrucker- und Buchhändler-Professionen sind von der Verbindlichkeit, sich mit Patenten zu versehen, befreit. Jeder Buchhändler und Buchdrucker muß nur den Sitz seines Geschäfts den Behörden vorher deklariren. Ein Zuwiderhandeln gegen diese Bestimmung wird mit 3—10,000 Fr. (800—2666⅔ Thlr.) und der Schließung des Etablissements bestraft.

England. Der Fenieraufstand ist als unterdrückt zu betrachten, obgleich ängstliche Gemüther für den 17. d. M., dem Tage des heiligen Patrik, des Schutzheiligen von Irland, einen neuen Ausbruch erwarten.

In einer Parteiversammlung hat Graf Derby seinen politischen Freunden die Grundzüge des Wahlreformgesetz-Entwurfes mitgetheilt. Die Hauptforderung der liberalen Partei, die Verleihung des Wahlrechtes an die Aftermiether soll nicht erfüllt werden.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 16. März. In der Antwort des Königs an die Bürger-Repräsentation heißt es: Die Kontribution sei kriegsrechtlich begründet und es liege gleichwohl nicht in des Königs Intentionen, den Wohlstand einer jetzt preußischen Stadt zu gefährden. Die Trennung des städtischen vom Staatsvermögen solle möglichst beschleunigt werden. Sollte sich dabei herausstellen, daß die Contribution der Stadt anheimfalle, so werde der König darauf bedacht sein, daß die Belastung nicht über das Maß ausfalle. Die Entwickelung der Stadt liege bei einer geschichtlich wie volkswirthschaftlich so hervorragenden Stadt dem Könige besonders am Herzen. (K. Z.)

Prag, 16. März. Ein verbürgtes Gerücht will wissen, der pensionirte Ober-Landes-Gerichts-Präsident Baron Hennet sei zum Oberst-Landmarschall designirt.

Pest, 15. März. Der Kaiser, von wichtigen Staatsgeschäften in Anspruch genommen, ließ die für heute angesagte Revue absagen. Morgen früh wird die Deputation der Stadt Pest empfangen. Zur heutigen Hoftafel waren sämmtliche Minister geladen.

Agram, 15. März. Die königlichen Kommissäre gehen in der Angelegenheit der Heeresverordnung gegenüber den ihre Mitwirkung ablehnenden Comitats-Beamten mit der sofortigen Dienstesentlassung vor. Die Militär-Reclamations-Commission in Illok ist durch die Haltung der Comitats-Beamten in ihrer Arbeit gehindert.

Aus Berlin.

= **Aus dem Berliner Vereinsleben.** Aus der vorigen Woche haben wir noch nachzutragen einen Vortrag, welchen der Prediger der hiesigen freien Gemeinde, H. Wislicenus, am 8. März über den eben so edlen als kühnen Reformator des 12. Jahrhunderts, Arnold von Brescia, im Verein der südwestlichen Friedrichstadt hielt. In derselben Vereinssitzung machte Konsul Behrend auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Kommunalwahlen aufmerksam, indem er namentlich die große Bedeutung der der Stadtverordnetenversammlung in nächster Zeit obliegenden Beschlußfassungen auf die Abschaffung des Bürger- und Einzugsgeldes, auf das Projekt der Miethssteuererhöhung, über die Mahl- und Schlachtsteuer u. s. w. erörterte. Der Vorstand wurde von den Vereinsmitgliedern beauftragt, die Einberufung einer Versammlung der Wähler des 35. Kommunal-Wahlbezirks (Stadtbezirk 11, 21 u. 38) zu veranlassen.

Die Stadtverordnetenwahlen beschäftigten am Montag auch die Vereinsversammlungen des Dorotheenstädtischen Bezirksvereins und des Vereins der Stadtbezirke 23—28 und 36. In letzterem präsentirte sich ein Kandidat, der sich für möglichste Sparsamkeit in der Verwaltung aussprach, ohne jedoch der Knauserei, wo es sich um nothwendige und nützliche Ausgaben handelt, das Wort reden zu wollen. Auf eine spezielle Interpellation erklärte sich der Kandidat entschieden gegen die Anwendung des Kanalisirungssystems. — In beiden Vereinsversammlungen wurde der Vorstand veranlaßt, im Laufe der Woche besondere Wählerversammlungen einzuberufen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes, über dessen am 8. März erfolgte Begründung wir in unserer letzten Wochenschau berichtet haben, hat sich bereits konstituirt und besteht der provisorische Vorstand aus den Herren Stadtrath Runge und Bezirksvorsteher May als Vorsitzenden, Banquier Kaufmann (Rendant), Banquier Ebeling, Kaufmann Kasche und Assessor Lüders. Weit über 500 Mitglieder — Eigenthümer aus allen Stadttheilen Berlins — sind dem Verein bereits beigetreten.

Im Louisenstädtischen Bezirksverein sprach Herr J. Lohff über die Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts und veranlaßte eine sehr lebhafte Debatte, in welcher Herr Loewe der Ansicht des Vortragenden entgegentrat, daß das Weib nicht genug in die Erwerbsthätigkeit eingreife. Herr Dr. Levy dagegen meinte, daß es sich hier nur um die Alternative handle, das hülflose Mädchen der Prostitution anheimfallen zu lassen, oder sie auf das mühevolle und schlecht bezahlte Arbeiten mit der Nähnadel zu beschränken

dessen Ende schließlich doch das Siechthum sei. Aus diesem Grunde sei das Streben des Vereins für Erwerbthätigkeit des weiblichen Geschlechts ein jedenfalls anerkennenswerthes.

Das Hauptereigniß der laufenden Woche auf dem Gebiete der Vereinsthätigkeit war indeß das von dem sehr thätigen Verein des Dönhofsplatzbezirks am Montag im großen Saale des englischen Hauses gefeierte Stiftungsfest, welchem die Reichstagsabgeordneten Twesten und Moritz Wiggers und mehrere Stadtverordnete als Ehrengäste beiwohnten. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Krebs, gab eine Uebersicht der an den Verein seit der letzten Monatsversammlung herangetretenen Ereignisse, worauf ein Bezirksgenosse, Herr Lehrer Göritz, einen mit großem Beifall aufgenommenen politischen Vortrag hielt. In dem durch reichen Fahnenschmuck festlich dekorirten Saale fand sodann ein Festmahl statt, während dessen Herr Krebs über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre Bericht erstattete. Herr Twesten brachte darauf nach einer sehr beifällig aufgenommenen Einleitung, welche scharf die Situation beleuchtete, dem einigen aber freien Deutschland ein Hoch, welches einen stürmischen Wiederhall in der Versammlung fand. Das zweite Hoch brachte der Stadtverordnete Nebling den Abgeordneten, worauf der lebhaft begrüßte Moritz Wiggers mit einem Hoch auf den Bezirksverein antwortete. „Man möge es ihm nicht übel deuten," sagte er, „wenn er sich schon ganz als Berliner Kind fühle, von Berlin für annektirt erachte, wo das demokratische Selfgovernment, die Selbstthätigkeit und die eigene Kraft der Bürger so Großes leiste, wo insbesondere die Berliner Bezirksvereine in der Welt als einzig in ihrer Art daständen."

= Einer der wenigen Ehrenbürger, welche Berlin zählt, hat in der vorigen Woche ein seltenes Fest gefeiert: der Geh. Rath Prof. Boeckh feierte den Tag, an welchem er vor 60 Jahren in Jena die akademische Doktorwürde erlangte. Aus allen Kreisen der Gesellschaft wurden dem Jubilar Glückwünsche dargebracht, die die Hochachtung bezeugten, deren er sich zu erfreuen hat. Boeckh hat als Lehrer der Jugend Großes geleistet, er hat, unbeirrt durch die Perioden der geistigen und politischen Reaktion seit 57 Jahren an der Berliner Universität der akademischen Jugend das Freiheitsgefühl der Griechen, den Sinn jenes Volkes für das Gute und Schöne eingeprägt, und den Blick geschärft für die Auffassung der Staatsverhältnisse. Möge ihm die Geistesfrische, welche ihn in hohem Maße auszeichnet, noch recht lange bewahrt bleiben.

= Ueber den Corny'schen Mord liegt noch keine Aufklärung vor. Alle bis jetzt scheinbar aufgefundenen Spuren haben sich sehr bald als irrig erwiesen, und es gewinnt fast den Anschein, als ob dieses scheußliche Verbrechen ungesühnt bleiben soll. — Von den vielen Mord- und Raubanfällen, über welche außerdem in der durch diesen Mord aufgeregten Volksmenge allerhand Gerüchte verbreitet worden sind, haben sich die meisten als nicht vorgefallen erwiesen.

= Es scheint uns, daß die Zeitungen nicht oft genug darauf hinweisen können, wie dringend nothwendig es für den Gesundheitszustand unserer Stadt ist, die seit dem Erlöschen der Cholera ganz eingeschlafene Desinfektion wieder ins Leben zu rufen.

Vermischtes.

† Berlin im neunzehnten Jahrhundert, von Adolf Streckfuß. Berlin, Verlag von Wilhelm Seidel. Als vor zwei Jahren Streckfuß sein Werk: „Berlin seit 500 Jahren" mit der Schilderung der Zustände unserer Hauptstadt im Anfang dieses Jahrhunderts abschloß, da wurde vielfach der Wunsch geäußert, daß dieses Buch doch bis auf die neueste Zeit fortgeführt werden möge, denn wenn der Wachsthum Berlins schon in früheren Jahren ein staunenswerther gewesen, so mußte doch gewiß die Entwickelungsgeschichte einer Stadt, welche sich trotz ihrer ungünstigen Lage in Zeit von 60 Jahren aus einer Stadt mit 155,000 Einwohnern in eine Stadt von weit über 600,000 Menschen verwandelt hatte, gewiß das höchste Interesse erregen. Der Verfasser erfüllt jetzt mit dem vorliegenden Werke diesen Wunsch. Er hat, wie er selbst sagt, damit gezögert, weil die Preßverhältnisse einem solchen Unternehmen nicht günstig sind, aber da nicht die Hoffnung zu hegen ist, daß diese Verhältnisse sich bald ändern, so hat er trotz aller Schwierigkeiten die Arbeit frisch begonnen, um sie nicht ganz liegen zu lassen. Obgleich das Buch sich eng an das schon erwähnte Werk anschließt, so ist es doch als eine selbstständige Geschichte Berlins seit dem Tilsiter Frieden zu betrachten. Es beginnt mit einer Schilderung der Verhältnisse Berlins nach jenem Frieden, in welchem zum ersten und hoffentlich auch zum letzten Male Preußen einen großen Theil seines Gebietes hat opfern müssen. Der jetzt vorliegende erste Band geht bis zu dem Moment, wo der König im Jahre 1813 nach Breslau ging, umfaßt also die Zeit der Erniedrigung, die Zeit, wo Berlin, seine Bürger und sein Fürst, unter dem Joche der Franzosen seufzten. Das Buch wird sich, wie alle Werke dieses Verfassers, in allen Kreisen viele und zahlreiche Freunde erwerben.

Die Weltgeschichte desselben Verfassers, welche im Verlag von Alex. Jonas erscheint, schreitet rüstig vorwärts; sie ist jetzt bis zum Schluß des vierten Bandes gelangt. In den letzten Heften, welche die römische Geschichte umfassen, giebt Streckfuß neben den Schilderungen der Siege der römischen Armee, die Schilderung der Sitten und des Lebens in Rom, aus welcher man schon mit Sicherheit den künftigen Verfall erwachsen sieht. An dieser Weltgeschichte tritt so recht deutlich das eigenartige Talent Streckfuß', das Erzählen, hervor. Er erzählt seinen Lesern in spannender Rede die Begebenheiten der Weltgeschichte, er schildert die Gegenden, in welchen sie sich zugetragen, beschreibt die Sitten der Völker, welche die Thaten vollbracht, und das alles ohne jemals in den trockenen Stil älterer Lehrbücher zu verfallen. In dem vorliegenden Werke wird seine Schilderung durch viele treffliche Abbildungen unterstützt, so daß das Werk, ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes, allen unseren Lesern auf das Wärmste empfohlen werden kann.

Von dem Buche: Die Kriege Preußens gegen Oesterreich von 1740 bis 1766, auf welches wir unsere Leser schon aufmerksam gemacht haben, liegen jetzt die ersten beiden Lieferungen vor. Wenn das Werk weiter fortgeschritten ist, werden wir ausführlich auf dasselbe zurückkommen.

Theater am Montag.

Opernhaus: Fidelio. — Schauspielhaus: Narziß. — Friedrich-Wilhelmstadt: Blaubart. — Wallner: Unruhige Zeiten. — Viktoria: Johannisfeuer oder Gemskönig. — Woltersdorff: Vorstellung der mimisch-plastischen Gesellschaft des Herrn Paolo Bacher aus Turin. Ernst und Scherz. Eine Kriminalgeschichte. Der Hahn im Dorfe. — Kroll: Ein Sonntag in der Hasenhaide. Die Sphinx. Ein moderner Rastrsalon. Die Kalospinthechromokrene. — Vorstadt: Zwei Brüder.

Verlag von Alexander Jonas in Berlin. — Druck von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortl. Redakteur u. Herausgeber: Dr. Lewinstein in Berlin.